

# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP

**Wir schreiben – auch  
beim Thema  
Frieden – dort weiter, wo  
andere Medien längst  
schweigen.**



**Sagen,  
was ist!**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** probelesen (Print & Online)!  
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**  
**Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen**  
**Tel.: 0201 - 17 78 89 23**  
**E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)**

## ZUR ENTWICKLUNG DER EU UND IHREN PERSPEKTIVEN

### Reaktionäres Projekt

Lenin hat bekanntlich festgestellt: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus (...) sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ Er sollte auch hier Recht behalten: Je mehr die EU sich als Vereinigte Staaten von Europa aufstellt, desto reaktionärer zeigt sie sich. Sie dient als Instrument zur Aushebelung der von der Arbeiterklasse in den nationalen Klassenkämpfen erkämpften demokratischen und sozialen Rechte. Sie ist Instrument zur Unterdrückung der schwächeren Länder. Sie ist der Rahmen, in dem die stärksten imperialistischen europäischen Großmächte BRD und Frankreich ihre Kooperation und Konkurrenz austragen und sich bereits in zunehmender Rivalität zu den nach wie vor militärisch viel stärkeren USA aufstellen. ... Dem deutschen Imperialismus dient die EU vor allem zur Verschleierung seiner militärischen Großmachtpläne. Nach zwei gescheiterten Anläufen zur Weltmacht hat die deutsche Finanzoligarchie dazugelernt. Dazu Originalton von EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen vom 10. Januar 2019: „Wie die Entstehungsgeschichte der heute allseits akzeptierten Errungenschaften EU-Binnenmarkt oder Freizügigkeit zeigt, erzielen wir wesentliche Fortschritte in Europa nicht im Hauruckverfahren. Sondern es braucht vertrauensbildende Zwischenschritte und Mitgliedstaaten, die entschlossen vorangehen. Auf dem Gebiet der Verteidigung ist Deutschland gemeinsam mit Frankreich Treiber in Europa.“

### Gegen das Weltmachtstreben

Mit diesem Gesamtbild wäre die gegenwärtige Lage der EU einzuschätzen: Welche Kräfte machen sich in Frankreich und in der BRD für den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron stark zur gemeinsamen Beherrschung der EU als Weltmacht gegen die USA und China – und welche Interessen stellen sich dagegen? Aus der nach wie vor starken Kooperation der deutschen Imperialisten mit dem US-Imperialismus in EU und NATO entwickeln sich mit einer gewissen Notwendigkeit zunehmend die Elemente der Konkurrenz. Dem militärischen Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus und der Gefahr, dass er sich ein drittes Mal zum Hauptaggressor in der Welt entwickelt, stehen aber zwei wesentliche Barrieren entgegen. Erstens: das Interesse der anderen Imperialisten. Das Interesse der US-Imperialisten ist dabei immer wieder mit dem deutschen Kooperationsangebot unterlaufen worden, das mit dem Weltmachtstreben ebenfalls zunahm, bis hin zur „Zeitenwende“. Teile der französischen Monopolbourgeoisie setzen auf der anderen Seite weiter auf die EU-Kooperation zum Erhalt der eigenen Weltmachtposition, fordern aber mit der wachsenden Macht des deutschen Imperialismus zunehmend Absicherungen.

Die zweite dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus entgegenstehende Barriere ist der nationale Klassenkampf: Das Volk hat kein Interesse am Krieg. Selbst die ungeheure Medienmacht der Finanzoligarchen hat keine subjektive Mehrheit für Aufrüstung geschaffen, weder in Deutschland noch in anderen Ländern. In Deutschland gibt es weder eine Mehrheit für Aufrüstung unter dem US-Mantel noch für eine EU-Militärweltmacht. Deshalb liegt dem deutschen Imperialismus so viel am Mythos vom Friedensprojekt Europa. Er braucht – hier sind wir wieder bei Lenin – den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, um den Mythos aufrechtzuerhalten.

(von S. Müller, aus UZ 12.04.24)

### Impressum

Herausgeber: **Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Landesverband Berlin**  
Anschrift der Redaktion und des Herausgebers:  
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552,  
10243 Berlin

Telefon: 030/29783132  
Mail: [info@dkp-berlin.info](mailto:info@dkp-berlin.info)  
[www.anstoss.dkp-berlin.info](http://www.anstoss.dkp-berlin.info)  
[www.dkp-berlin.info](http://www.dkp-berlin.info)

V.i.S.d.P.: Stefan Natke,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

# Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 2/2024

**WER DEN KAMPF UM FRIEDEN,  
GEGEN DIE KRIEGSPOLITIK VON NATO UND EU,  
GEGEN HOCHRÜSTUNG, WAFFENLIEFERUNGEN UND WIRTSCHAFTSKRIEG STÄRKEN WILL**

**WER GEGEN KAHLSCHLAG, KAPUTTSPAREN DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE UND  
SINKENDE REALLÖHNE NICHT AUF DIE ILLUSION VON SOZIALPARTNERSCHAFT SETZEN WILL**

**WER FRIEDEN FÜR PALÄSTINA WILL UND DIE DIFFAMIERUNG JEDLICHER  
KRITIK AN ISRAEL ALS ANTISEMITISCH NICHT ZULASSEN WILL**

**WER SEINE STIMME  
NICHT ABGEBEN,  
SONDERN MIT IHR FÜR  
FRIEDEN, GEGEN ARMUT  
UND DEMOKRATIEABBAU  
DEMONSTRIEREN WILL**

# DKP

Deutsche Kommunistische Partei

# WÄHLEN

**WER NICHT WILL,  
DASS GEFLÜCHTETE UND  
MIGRANTEN DANACH  
BEWERTET WERDEN,  
OB SIE SICH FÜR DEN  
PROFIT DES KAPITALS VERWERTEN  
LASSEN**

**WER FRIEDEN MIT RUSSLAND UND CHINA WILL**

**WER WILL, DASS DEUTSCHLAND AUS DER NATO UND DER EU AUSTRITT  
UND DIE US-SOLDATEN UND US-ATOMBOMBEN AUS DEM LAND WIRFT**

**WER DER STAATLICH GEFÖRDERTEN VERARMUNGSPOLITIK DER MONOPOL  
DEN GEMEINSAMEN KAMPF DER WERKTÄTIGEN ENTGEGENSETZEN WILL**

**WER DEN ABBAU  
DEMOKRATISCHER RECHTE  
UND DIE UNIFORMITÄT  
DER QUALITÄTSMEDIEN  
NICHT LÄNGER  
HINNEHMEN UND DIE  
„RUHE AN DER  
HEIMATFRONT“  
STÖREN WILL**

**WER INTERNATIONALE  
SOLIDARITÄT VORNE  
ANSTELLEN WILL UND  
NICHT DIE INTERESSEN  
DES (DEUTSCHEN)  
MONOPOLKAPITALS**

 Stefan Natke



Ich bin 66 Jahre alt und von Beruf Zimmerer. Ich kandidiere für und mit der DKP bei den Wahlen zum EU-Parlament am 9. Juni, weil ich die EU für einen Etikettenschwindel halte. Allein schon diese anmaßende Bezeichnung "Europa-Wahl" macht mich ärgerlich. Europa ist viel mehr als die EU, Europa reicht bis zum Ural und das größte Land Europas ist Russland. Im EU-Parlament würde ich das auch genau so sagen, und um in Europa mit anderen Völkern friedlich zusammenleben zu können, muss man miteinander sprechen und sich verständigen, das ganze nennt sich Völkerverständigung.

Von der Konfrontationspolitik der Bundesregierung und der EU halte ich überhaupt nichts. Horrende Summen werden für Krieg und Rüstung ausgegeben, aber für Schulen, Krankenhäuser und Soziales ist kein Geld da. Die Wohnungsnot grassiert, doch um die Rendite der privaten Wohnungskonzerne zu steigern wird nicht neu gebaut - das ist absurd. Sogenannte „Europarichtlinien“ verpflichten Kommunen, die ohne die EU-Verträge eigenständig und kommunal gebaut haben und so günstige Mieten anbieten konnten, nun ihre Wohnungsneubauten öffentlich und europaweit für private Firmen auszuschreiben. Diese auf Profit orientierte Herangehensweise mittels absurder EU-Gesetze führt zu eben diesem Mietensinn, den wir gerade erleben. Ich bin vom Bau und weiß wovon ich rede. Die meisten Parlamentsmitglieder sind geschulte Akademiker, die Lobbyarbeit für die Großindustrie machen. Auch nicht mehr überall, wo "Linke" draufsteht, ist auch "Linke" drin. Wer tatsächlich linke Politik im Interesse der werktätigen Bevölkerung will, sollte sich nicht vom Antikommunismus anstecken lassen und die Kommunisten wählen. Die DKP ist die einzige Partei, die konsequent für den Frieden eintritt und gegen die Umverteilung von Volksvermögen in die Taschen der Rüstungskonzerne. 2023 hat die Bundeswehr 18 Stück neue Leopard-Panzer bestellt, die kosten uns Steuerzahler 526 Millionen Euro, das heißt einer alleine kostet 29,2 Millionen Euro! Denken Sie mal darüber nach, wieviele Schulen man davon bauen könnte oder wieviel Krankenpflegepersonal mit dem Geld bezahlt werden könnte.

 Barbara Majd Amin



Die EU - ein Friedensprojekt? Nein, ganz sicher nicht. Auch der Friedensnobelpreis, der ihr 2012 verliehen wurde, macht sie nicht dazu. Die EU-Verträge verpflichten alle Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung und zur Beteiligung an gemeinsamen Militäreinsätzen, gerne auch mal weltweit. Gemeinsame Rüstungsproduktion, eine EU-Armee als Ziel und neuerdings sogar eine gemeinsame Atomwaffe: Friedensprojekte?

Gegen diese Entwicklung ist eine starke Friedensbewegung nötig. Als aktives Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) finde ich es enorm wichtig, dass sich vor allem unsere Gewerkschaften wieder stärker in die Friedensbewegung einbringen. Der Kriegskurs der EU, den die Bundesregierung mit vorantreibt, hat Gewinner, darunter die Rüstungsindustrie, und Verlierer, vor allem die Lohnabhängigen und ihre Familien. Da ist doch klar, wie sich unsere Gewerkschaften positionieren müssen: gemäß ihrer Tradition und ihren Beschlüssen gegen die Kriegsgefahr, gegen Aufrüstung und die Kehrseite davon: den Sozialabbau.

Ich ziehe bis heute meine Kraft aus den Erfahrungen einer starken Friedensbewegung und erinnere mich zum Beispiel an den Friedensstreik 1983 von hunderten Lehrerinnen und Lehrern in West-Berlin. Heute ist dieser Kampf schwieriger, aber mit dem Aufruf „Gewerkschaften gegen Rüstung und Krieg“ haben wir ein gutes Instrument in der Hand: [www.gewerkschaften-gegen-aufruetzung.de](http://www.gewerkschaften-gegen-aufruetzung.de)

Die EU – ein Hort der Freiheit? Der Freiheit von Kapital, Geld- und Warenströmen ja. Genau dafür wurde sie gegründet. Die „Reisefreiheit“ der EU-Bürger innerhalb der Mitgliedsstaaten ist die Beigabe, ohne die die Kapitalfreiheit nicht zu haben war. Diese „Reisefreiheit“ aber ist ein Hohn angesichts der bewaffneten Abschottung der EU-Grenzen mit FRONTEx und Zäunen, Pushbacks und Abschiebungen - gegen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen.

Ich stehe ein für eine Politik, die sich nicht gegen diese Menschen, sondern gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Krieg und globale Ausbeutung richtet.

 Sven George



Ich bin seit 20 Jahren Mitglied der DKP. Schon immer stand für mich der Kampf um Gerechtigkeit im Vordergrund. So war ich als Mitglied der SDAJ in verschiedenen Bewegungen aktiv. Ob Blockaden von Nazis oder Streiks für besseres Bildungssystem. Eine Frage die mich immer umgetrieben hat, ist die Frage von Krieg und Frieden.

Ich bin davon überzeugt, dass jeder Mensch ein Leben in Frieden und Sicherheit verdient. Aktuell heißt das, sich gegen jede Beleidigung und Verleumdung klar auf die Seite des palästinensischen Volkes, gegen den Völkermord durch Israel zu stellen. Es heißt für mich auch die Beteiligung Deutschlands an diesen Kriegsverbrechen klar zu benennen. Die autoritäre Art, wie die sogenannte Staatsräson gerade in einer breitesten Koalition von AfD bis in Teile der Linken durchgedrückt wird, braucht Widerstand. Der militärisch-reaktionäre Staatsumbau muss durch eine breite, geschlossene gesellschaftliche Bewegung, eine Friedens-APO, zurückgedrängt werden.

In vielen dieser Fragen können wir uns aktuell wenig auf die Parlamente verlassen. Sie dienen der Durchsetzung einer arbeiterfeindlichen Politik. Im Zuge des Demokratieabbaus verschwinden die Parlamente in der Bedeutungslosigkeit. Besonders das EU-Parlament hat so gut wie keine Befugnisse.

Ich kandidiere dennoch für dieses Parlament. Aber nicht, weil ich daran glaube, dass wir innerhalb dieses Parlamentes eine wirklich fortschrittliche Politik machen können, sondern ich kandidiere, um gemeinsam mit unseren Schwestern und Brüdern aus anderen EU-Staaten für die Bewegungen der Straße und der Betriebe ein Sprachrohr zu sein, die Bewegungen außerhalb der Parlamente mit Informationen zu versorgen und somit die außerparlamentarische Bewegungen zu stärken.

 Leonard Mielke



Ich bin 28 Jahre alt und gelernter Bibliothekar; arbeite derzeit aber im Werbebereich. Vor rund zehn Jahren bin ich nach Berlin gezogen. Seit etwa dreieinhalb Jahren arbeite ich aktiv in der SDAJ. Ich besuche dort die Gruppenabende der Gruppe Berlin Süd-West. Außerdem bin ich Mitglied der Landesleitung des Landesverbands Ost und des Bundesvorstands. Seit einigen Monaten bin ich auch Mitglied der DKP und dort in der Ortsgruppe Neukölln aktiv. Ich wohne in Neukölln in unmittelbarer Nähe zur Sonnenallee und habe in den letzten Monaten die Wut und die Trauer über den Genozid in Gaza hautnah miterlebt – genauso wie die Gewalt der Polizei, die sich gegen alle richtet, die sich mit Palästina solidarisch zeigen. Ich habe aber auch Momente der Stärke und der Einigkeit gesehen, die zeigen, dass sich Solidarität nicht verbieten lässt. So etwas gibt mir Kraft, zeigt mir, dass es sich zu kämpfen lohnt und dass wir nicht allein stehen. Die deutsche Staatsräson, deren Inhalt es ist, bedingungslos hinter Israel zu stehen, ist nicht im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Die BRD und ihre westlichen Verbündeten stecken in einer tiefen Krise. Um die Ursachen dieser Krise zu verschleiern und die Bevölkerung im Griff zu halten, setzt dieser Staat stärker auch rechte Parteien und faschistische Kräfte ein. So zeichnet sich in Deutschland ein Rechtsruck mit fatalen Folgen ab für alle, die sich nicht den Interessen der großen Konzerne und diesem Staat unterordnen wollen. Das zeigt sich nicht nur beim Gaza-Krieg: Am 8. und 9. Mai – dem Tag der Befreiung und dem Tag des Sieges – hat die Polizei im Treptower Park und anderen Ehrenmälern in Berlin die Fahne der Sowjetunion, also die Fahne der Befreier vom Faschismus, verboten. Wer auf solche Missstände hinweist oder gar Waffenlieferungen in die Ukraine kritisiert, gilt als „Putinverstehler“. Die BRD und ihre Konzerne wollen einen Krieg führen – da sind Stimmen, die sich dem entgegenstellen nicht willkommen. Die Jugend spielt dabei eine besondere Rolle. Sie muss im Zweifelsfall in den nächsten großen Krieg ziehen.

Gegen diese Missstände lohnt es sich, die DKP zu wählen. Sie ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen Aufrüstung und für die Rechte der Jugend ausspricht. Aber auch abseits von Wahlen gilt es, aktiv zu werden gegen diese Zustände.

 Rainer Perschewski



Ich bin 61 Jahre alt und arbeite als Angestellter. Seit 2002 lebe ich in Neukölln und bin in der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und als Betriebsratsvorsitzender eines Bahnunternehmens aktiv.

Neben meiner aktiven Arbeit mit und in der DKP setze ich mich als Gewerkschafter seit mehr als vier Jahrzehnten konsequent für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein. Die zunehmende Armut und soziale Ungerechtigkeit in Deutschland ist meine Motivation für mein gesellschaftliches Engagement. Während für das Militär immer mehr Geld zur Verfügung steht, werden unsere Bildung, das Gesundheitswesen oder der öffentliche Verkehr vernachlässigt. Seit Jahrzehnten werden Schulen, Krankenhäuser oder der Schienenverkehr immer mehr in die Hände privater Unternehmen gegeben oder deren Einfluss ausgesetzt, so dass dort mehr Profite erzielt werden. Steuergelder werden so umverteilt.

In meinem Berufsleben habe ich die unterschiedlichsten Phasen durchlaufen: Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Zeitverträge. Schließlich habe ich auf dem zweiten Bildungsweg mit Mitte dreißig Sozialökonomie studiert, um mich besser wehren zu können. Als Interessensvertreter erlebe ich die Auswirkungen des Sozialraubs. Wer arbeitslos ist wird bestraft und Niedriglohnbereiche machen die Tarifverträge kaputt. Daran haben alle etablierten Parteien ihren Anteil. Damit muss Schluss sein.

Als Eisenbahner erlebe ich zudem die Folgen der Privatisierung. Auf die Gefahren, die daraus entstehen - aktuell sichtbar bei der Deutschen Bahn - haben Betriebsräte seit Jahren hingewiesen. Das Ergebnis ist immer gleich: Die Leistungen der privatisierten Unternehmen werden letztlich teurer, die Versorgung schlechter und die Profite sacken sich Unternehmen ein. Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft ohne Profitstreben und Arbeitslosigkeit. Wir fordern mehr Lohn, mehr Personal und kürzere Arbeitszeiten, bei vollem Lohn- und Personalausgleich.